

Iran steuert auf Bruch mit London zu

Iraner Parlament befaßt sich heute mit dem Fall Rushdie
Teheran

Teheran/London (dpa/AP/Reuter). Die iranische Führung steuert im Konflikt um das Buch des anglo-indischen Autors Rushdie offenbar auf einen Abbruch diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien und damit auf eine weitere Verschlechterung ihres Verhältnisses zur Europäischen Gemeinschaft zu. Wie die iranische Agentur Irna meldete, wird sich das Parlament in Teheran am heutigen Dienstag vorrangig mit dieser Frage beschäftigen. Ein entsprechender Antrag sei im Vorausentscheid bereits am Sonntag mit überwältigender Mehrheit des Parlamentes gutgeheißen worden.

Am Vortag hat Innenminister Motashami zum Abbruch der Beziehungen zu London und zum Boykott britischer Waren aufgerufen. Er forderte, die Beziehungen zur EG so lange nicht zu normalisieren, wie die Europäische Gemeinschaft Großbritannien in dieser Frage unterstütze. Am Sonnabend hatte Iran offenbar als Reaktion auf den Beschluß der Europäischen Gemeinschaft, alle EG-Botschafter bis auf weiteres zurückzurufen und vorerst auf Treffen mit der iranischen Seite auf hoher Ebene zu verzichten, seinerseits einen Besuch des Teheraner Wohnungsbauministers Kazeruni in Bonn offiziell abgesagt. Bundeswirtschaftsminister Haussmann stellte seine für den Spätsommer dieses Jahres geplante Reise nach Iran angesichts des Mordbefehls Ayatollah Khomeinis gegen Rushdie in Frage. Ein in der vergangenen Woche geplantes Vorbereitungsgespräch mit der iranischen Seite für diese Reise ist bereits abgesagt worden.

Inzwischen ist der Aufruf Khomeinis von radikalen Moslems vor allem in Libanon, aber auch in Indien, Pakistan und Bangladesch gutgeheißen worden. In den Hochburgen fundamentalistischer libanesischer Moslems, im Beiruter Süden und im ostlibanesischen Baalbeck, zogen am Sonntag Tausende durch die Straßen und forderten den „Vollzug der Todesstrafe“ für Rushdie.

Die Protestaktionen moslemischer Extremisten kosteten gestern zwei weiteren Menschen das Leben. Vor dem britischen Kulturinstitut in der pakistanischen Stadt Karatschi wurde ein Wachmann durch eine Bombe explodiert getötet. Einen Toten und sieben Verletzte forderte ein Bombenanschlag in der Stadt Srinagar im indischen Unionsstaat Jammu und Kaschmir.

Die mit der Europäischen Gemeinschaft assoziierte Türkei will in der Kontroverse um das Buch keine Stellung beziehen. Ein Sprecher des türkischen Außenministeriums sagte gestern, die Regierung bedauere, daß das Buch überhaupt geschrieben worden sei. Gleichzeitig stellte der Sprecher klar, daß die Regierung aber

auch die Kontroverse bedauere, die das Buch in der ganzen islamischen Welt verursacht habe.

Die syrische Regierung teilte mit, daß sie die Veröffentlichung des Buches untersagen werde. In Indonesien wurde das ebenfalls verboten, ebenso in Brunei. Der philippinische Außenminister Manglapus vertrat dagegen die Auffassung, seine Regierung sei nicht in der Lage, eine Veröffentlichung des Buches zu verbieten.

Die französische Regierung teilte unterdessen mit, daß sie Aufrufe zu Mord und Gewalt bei Demonstrationen gegen das Buch nicht länger dulden werde. Premierminister Rocard erklärte gestern, alle erneuten Aufrufe würden „sofort juristisch verfolgt“. Am Vortag hatten rund 1000 Moslems mehrere Stunden in der Pariser Innenstadt gegen die Veröffentlichung des Buches demonstriert. Dabei habe auch „eine kleine Minderheit“ zu Mord und Gewalt gegen Rushdie aufgerufen, heißt es in der Erklärung Rocard.

Der muslimische Rat der Moscheen in der englischen Stadt Bradford hat am Sonntag zum Boykott aller Bücher des Verlags Viking Penguin aufgerufen, bis dieser den Roman „Satanische Verschwörungen“ vom Markt nimmt. In Bradford leben rund 60 000 Moslems. Demonstranten haben dort Exemplare des umstrittenen Buches verbrannt.

Der Verlag erklärte unterdessen, er erwäge die Einfügung einer Entschuldigung in künftige Auflagen des Romans, um die über das Werk aufgebrachten Moslems zu besänftigen. Zugleich trat der Verlag einem Bericht der Sonntagszeitschrift „Sunday Times“ entgegen, wonach er zum Verzicht auf eine Taschenbuchausgabe des Romans bereit sei, wenn die Moslems in Großbritannien ihre Protestkundgebungen einstellen und mäßigend auf ihre Glaubensbrüder in anderen Ländern einwirken.

In fünf britischen Städten sollen nach Angaben eines Diplomaten aus dem Nahen Osten von libanesischen Terroristen bereits Motoren für die Ermordung Rushdies ausgeklübelt worden. Der hohe Diplomat sagte, in Großbritannien lebende Moslems würden den Angehörigen der libanesischen Hisbollah Terroraktik unterweisen.

In Moskau demonstrierten rund 15 oppositionelle Journalisten und Bürger vor der iranischen Botschaft gegen den von Khomeini ausgesprochenen Mordbefehl gegen Rushdie und dessen Verleger. Die Demonstranten kritisierten die sowjetische Regierung wegen ihrer fehlenden Stellungnahme zur Affäre.

De T.